

EXTRA ● ●
GRÜN

Sonderausgabe der grünen
Bundestagsfraktion

Was uns
VERBINDET.



Inhalt

Editorial

Querbeet

Wie wir die wirklichen Probleme im „Stadtbild“ angehen, Digitalkonzerne in die Pflicht nehmen oder Kinder vor Armut schützen – und weitere Meldungen aus der Fraktion.

Aus dem Maschinenraum

Unsere Ausschussvorsitzenden und unser Bundestagsvizepräsident geben Einblicke in ihre Arbeit: für mehr globale Gerechtigkeit, eine vielfältige Kulturlandschaft, eine handlungsfähige EU und die Verkehrswende.

Die grüne Fraktion

So weiblich, vielfältig und jung wie keine andere: Unsere Fraktion im Bundestag ist bestens für die Herausforderungen der Zukunft aufgestellt.

Der grüne Faden

Wir setzen der rückwärtsgewandten Sozialpolitik der Bundesregierung einen Plan entgegen, der den Alltag der Menschen spürbar verbessert und überall ein gutes Leben ermöglicht.

Blitzlichter aus dem Fraktionsleben

Wir haben wieder einen Gewerkschafts- und Sozialbeirat, uns Gedanken über den Stand der deutschen Einheit gemacht und den Spitzensport zum Dialog gebeten.

Rätsel- und Spielecke

Veranstaltungen

Seite 03

Seite 04

Seite 06

Seite 08

Seite 10

Seite 13

Seite 14

Seite 16

Impressum

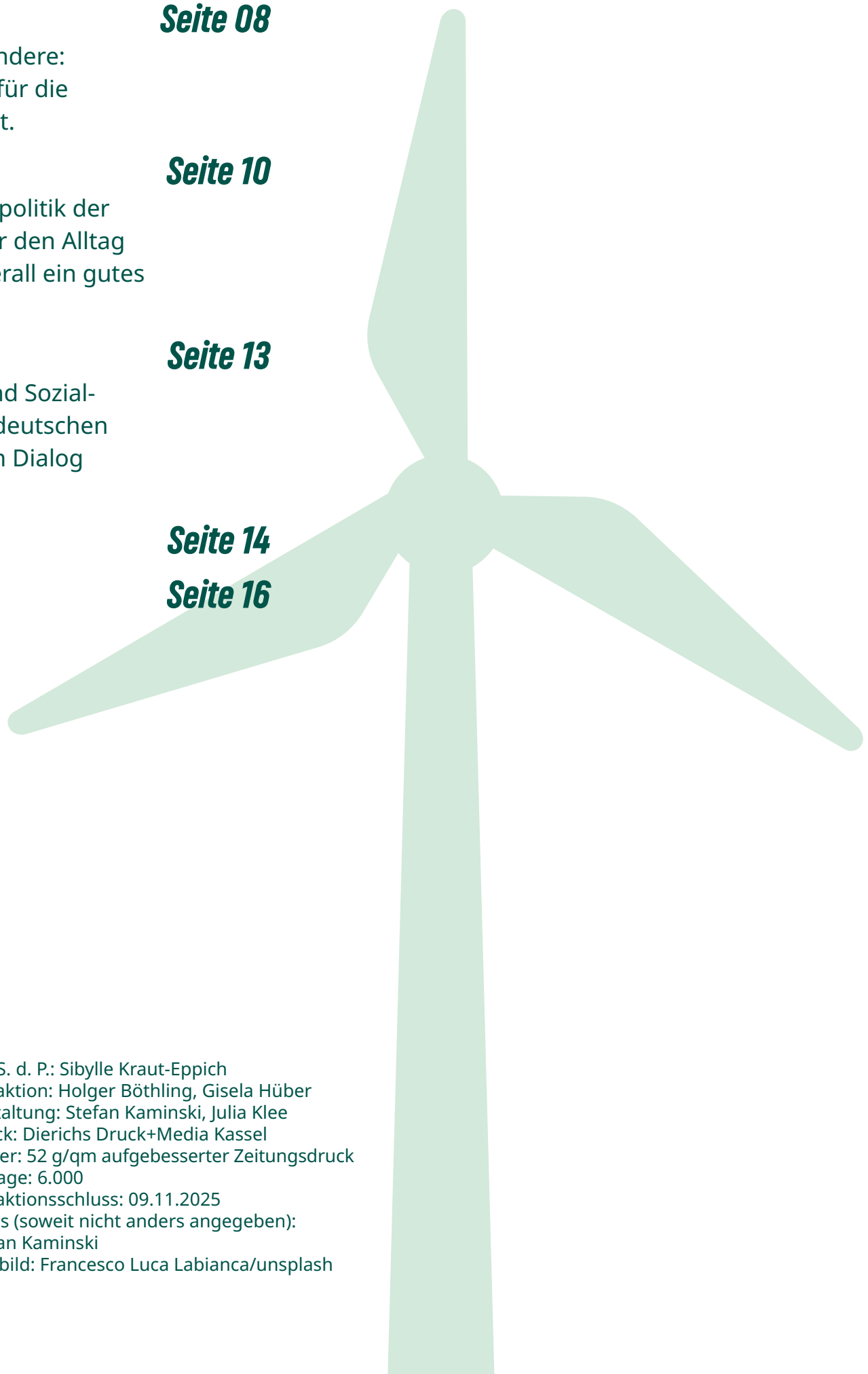
November 2025

Herausgeberin:
Bündnis 90/Die Grünen
Bundestagsfraktion
Platz der Republik 1, 11011 Berlin

TEL: 030/227 56789
info@gruene-bundestag.de
gruene-bundestag.de

Extra Grün erscheint mindestens zwei Mal im Jahr.

V. i. S. d. P.: Sibylle Kraut-Eppich
Redaktion: Holger Böthling, Gisela Hüber
Gestaltung: Stefan Kaminski, Julia Klee
Druck: Dierichs Druck+Media Kassel
Papier: 52 g/qm aufgebesserter Zeitungsdruck
Auflage: 6.000
Redaktionsschluss: 09.11.2025
Fotos (soweit nicht anders angegeben):
Stefan Kaminski
Titelbild: Francesco Luca Labianca/unsplash



ANPACKEN

statt spalten.



Liebe Freundinnen und Freunde,

Deutschland braucht jetzt Orientierung, Mut und klare Entscheidungen. Wir wollen, dass unser Land vorankommt – mit einer Politik, die die Klimakrise bekämpft, unsere Infrastruktur erneuert, die Transformation der Wirtschaft begleitet und den sozialen Zusammenhalt stärkt. Dafür setzen wir uns mit aller Kraft und Energie ein: klar in der Kritik, konkret in den Vorschlägen und bereit, Verantwortung zu übernehmen, wenn es dem Land dient.

Die Bundesregierung steckt seit dem missglückten ersten Wahlgang von Friedrich Merz zum Kanzler weiter im Chaos – in allen zentralen Fragen nur Streit, kein Kurs, keine Entscheidung. Vollmundig wurde ein großer „Herbst der Reformen“ angekündigt – angedockt wurde bisher nichts, und es steht ein Winter der Enttäuschungen ins Haus. Friedrich Merz führt keine Regierung, er moderiert ein Chaos. Die Beispiele häufen sich: Die Einschätzung des Außenministers zur Lage in Syrien zerlegen die eigenen Parteikolleg*innen öffentlich. Der Wehrdienst wird plötzlich zur Lotte-

rie. Beim Bürgergeld wurden ohne jede Sachkenntnis riesige Ankündigungen gemacht: Zweistellige Milliardenbeträge sollten eingespart werden. Geblieben ist ein bürokratisches Monster, das Menschen gängelt und weniger als 100 Millionen Euro spart. Und bei der Kranken- und Pflegeversicherung? Noch vor Wochen kündigte die Gesundheitsministerin stabile Beiträge an – ein Versprechen, das längst nicht mehr zu halten ist.

Während die Bundesregierung streitet, wollen wir Lösungen. Wir wollen Investitionen statt Stillstand – denn mit den 500 Milliarden Euro aus dem Sondervermögen hätte die Regierung alle Hebel in der Hand gehabt, um Aufbruchstimmung zu erzeugen. Friedrich Merz verspielt gerade die größte Investitionschance einer Generation. Wir setzen dagegen: eine Wirtschaftspolitik, die in Zukunftstechnologien investiert, faire Handelsabkommen stärkt und gute Arbeit in Deutschland sichert. Für die Beschäftigten in der Stahlindustrie braucht es jetzt klare Leitmärkte für grünen Stahl und verlässliche Klima-

schutzverträge. Der Rückwärtsgang beim Klimaschutz gefährdet die Zukunft unseres Landes. Wir dagegen stehen für Fortschritt – für den Ausbau der Solarenergie, für saubere Heizungen, für Investitionen in eine klimaneutrale Industrie.

Von Friedrich Merz erwarten wir, der Bundeskanzler aller Menschen im Land zu sein und nicht Ressentiments zu schüren. Seine Äußerungen zum „Stadtbild“ waren für viele Menschen verletzend. Wir wollen eine Politik, die Menschen verbindet, statt sie gegeneinander auszuspielen. Wir werden die Regierung an ihren Versprechen messen – und weiter aufzeigen, wo sie planlos handelt. Deutschland braucht Richtung, Zuversicht und einen echten Aufbruch. Dafür stehen wir – mit Klarheit, Kompetenz und Verantwortung.

Wir packen es an.

Britta Haßelmann Katharina Dröge

**Britta Haßelmann und
Katharina Dröge**
Fraktionsvorsitzende

QUER-BEET

Wir müssen über Vereinbarkeit sprechen

Es ist 2025, Mutter und trotzdem voll berufstätig sein zu können, ist in Deutschland noch immer eine Ausnahme. Und darüber muss viel mehr geredet werden! Wir hören euch zu, wir drängen die Regierung zu handeln. Ihr habt Vereinbarkeits-trouble? Schreibt uns euer Anliegen:

→ gruene-bundestag.de/vereinbarkeit



Foto: Picture alliance

Hanna Steinmüller mit Kind am Rednerpult des Bundestages (23.09.2025)

Echte Lösungen für unsere Städte

Die „Stadtbild“-Aussagen von Bundeskanzler Friedrich Merz waren verletzend. Den Menschen gegenüber, die er als „Problem“ bezeichnet. Aber ebenso für diejenigen, die sich in Zeiten von Rekorddefiziten mit Herz und Hand vor Ort engagieren. Sie wollen wir unterstützen. Wir Grüne im Bundestag haben dafür einen Fünf-Punkte-Plan vorgelegt. Weil Probleme „im Stadtbild“ vor allem aus der Kassenlage herrühren, muss Schwarz-Rot als Erstes die Finanznot von Städten und Gemeinden beenden. Zweitens gilt es, die kommunale soziale Infrastruktur zu stärken, beispielsweise die Kinder-, Jugend-, Drogen- und Sozialarbeit. Eine personell und technisch besser ausgestattete Polizei und Justiz kann drittens mehr Sicherheit für alle schaffen. Besonders Frauen benötigen mehr Schutz. Es muss aus-

reichend Frauenhausplätze für von häuslicher Gewalt Betroffene geben. Und im öffentlichen Raum sollen gefährliche Situationen durch bessere Beleuchtung, mehr Polizei-präsenz und Überwachung entschärft werden. Schließlich fordern wir die Regierung auf, Mietwucher zu unterbinden, Leerstand zu bekämpfen und attraktive Innenstädte zu bewahren.

→ gruene-bundestag.de/kommunen-papier

Google und Co. fair besteuern

Digitalkonzerne mit ihren intransparenten Algorithmen haben zu viel Macht über unsere öffentliche Debatte: Sie bestimmen, welche Inhalte sichtbar sind. Sie belohnen emotionale Inhalte, auch Hetze. Und gleichzeitig dominieren Google und Meta den Online-Werbemarkt – auf Kosten des professionellen

Journalismus. Wir Grüne im Bundestag fordern deshalb in einem Antrag, dass die Bundesregierung endlich Werbeumsätze von Online-Plattformen fair besteuert und sie an der Finanzierung des Medien- und Kulturstandortes beteiligt. Das hat Schwarz-Rot zwar in den Koalitionsvertrag geschrieben. Doch die Bundesregierung handelt nicht. Eine nationale Besteuerung von Werbeumsätzen kann zugleich nur ein erster Schritt zu einer europäischen Lösung sein. Digitale Unternehmen müssen angemessen zum EU-Haushalt und den Haushalten ihrer Mitgliedsstaaten beitragen, in denen sie wirtschaftlich tätig sind. Mit den Einnahmen können wir die Nachteile ausgleichen, die Kultur- und Medienschaffenden und der Gesellschaft durch digitale Plattformen entstehen.

→ gruene-bundestag.de/digitales

Belastungsgrenze überschritten

Dobrindts Grenzkontrollen in Zahlen

Die Kontrollen an den deutschen Grenzen sind nicht nur teuer und ineffizient, da sie vor allem Berufspendelnde, den Güterverkehr und Urlauber*innen treffen. Sie belasten auch die Bundespolizei erheblich und verstärken kaum die Sicherheit, weil die Polizei anderswo fehlt. Das ist das Ergebnis einer Kleinen Anfrage, die unsere Fraktion an die Bundesregierung stellte.

Die Zahlen, die uns das Bundesinnenministerium mitteilte, sind erschreckend: Fast eine Million Arbeitstage fielen 2024 krankheitsbedingt aus. Das entspricht einer Krankenquote von annähernd zehn Prozent (9,3%), doppelt so hoch wie der Bundesdurchschnitt. Die Verschärfung und Ausweitung der Kontrollen seit März 2025 durch Innenminister Dobrindt werden die Polizist*innen noch mehr übers Limit bringen! Bis zu 14.000 Kräfte täglich bindet der Dienst an der Grenze inzwischen. Viele von ihnen leisten zu viele Überstunden, die ihre Gesundheit gefährden und sehr viel Geld kosten: 38 Millionen Euro und damit fast die Hälfte der Kosten für die Grenzkontrollen machten sie bereits im ersten Vierteljahr aus. Auch um die Beamt*innen zu schützen, fordern wir daher ein Ende der stationären Grenzkontrollen. Für Sicherheit kann die Polizei besser mit mobilen, lageabhängigen Kontrollen an kritischen Orten wie Bahnhöfen und Flughäfen sorgen.

→ gruene-bundestag.de/grenzkontrollen

3 Fragen an Misbah Khan



Misbah Khan ist stellvertretende Fraktionsvorsitzende und Mitglied im Ausschuss für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend.

„In einem reichen Land wie Deutschland ist Armut beschämend. Als Kind in Armut aufzuwachsen, prägt für das ganze Leben.“

01 Wie viele Kinder sind aktuell von Armut betroffen?

Drei Millionen Kinder und Jugendliche leben in Deutschland in Armut. Ihre Talente werden nicht ausreichend gefördert und dadurch haben sie weniger Zukunftschancen und häufiger gesundheitliche Probleme. Das können wir nicht hinnehmen. Jedes Kind hat das Recht, in Würde aufzuwachsen und seine Talente zu entfalten. Wir wollen gleiche Chancen für alle Kinder schaffen, als Fundament für eine gerechte, solidarische und zukunftsfähige Gesellschaft.

02 Was sind unsere Maßnahmen dagegen?

Familien müssen leichter einen Überblick über Leistungen bekommen und sie müssen kindbezogene Leistungen wie das Kindergeld künftig automatisch und unbürokratisch ausgezahlt bekommen.

Weitere Leistungen müssen gebündelt werden. Außerdem müssen wir das Existenzminimum so Neuberechnen, dass es sich an den tatsächlichen Bedarfen von Kindern orientiert. Alleinerziehende wollen wir entlasten. Außerdem wollen wir mehr Geld für bessere Kitas und Schulen, um durch bessere Bildung die Vererbung von Armut über Generationen hinweg zu bekämpfen.

03 Was unterscheidet unseren Ansatz von dem der Bundesregierung?

Sie tut bisher zu wenig und die geplanten Sozialreformen würden die Lage verschlimmern. Schon im Koalitionsvertrag bleibt die Regierung vage und stellt keine wirksame Strategie in Aussicht. Bundesministerin Prien verkürzt Kinderarmut auf Bildungsarmut, was der Vielschichtigkeit des Problems nicht gerecht wird.



Die EU handlungsfähiger machen

Die Arbeit im Europaausschuss des Bundestages ist vielfältig. Wir schauen der Bundesregierung auf die Finger und tauschen uns mit internationalen Partnern aus. Europa

steht vor großen Herausforderungen – im Hinblick auf äußere Bedrohungen wie auch den inneren Zusammenhalt. Russland führt einen hybriden Krieg gegen die EU, mit China versucht eine weitere Diktatur ihren Einfluss auszuweiten. Die USA sind unter Donald Trump kein vertrauenswürdiger Partner mehr. In Ungarn arbeitet Viktor Orbán daran, die Demokratie abzuschaffen. In einigen Mitgliedsländern werden Rechtspopulist*innen stärker. Im Europaausschuss geht es deshalb darum, wie wir die EU demokratischer und handlungsfähiger machen können. Das betrifft die Reform der Entscheidungsprozesse, aber auch den Dialog zwischen den europäischen Parlamenten, etwa im Rahmen der COSAC, der Konferenz der Europaausschüsse. Besonders wertvoll ist der Austausch mit anderen Parlamentarier*innen, um unterschiedliche Perspektiven kennenzulernen und den Zusammenhalt in der Union zu stärken.

Dr. Anton Hofreiter ist erneut Vorsitzender im Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union.

Für die Kultur kämpfen

Der Ausschuss für Kultur und Medien ist für mich das gesellschaftspolitische Herz des Bundestages. Hier verhandeln wir grundlegende Fragen unserer vielfältigen Gesellschaft: Meinungs-, Presse- und Kunstfreiheit als Grundpfeiler unserer Demokratie. Kultur wird leider zu oft als elitär wahrgenommen – dabei umfasst sie das ganze Spektrum: große Bühnen und Kunstschulen, die freie Szene ebenso wie ehrenamtliche Chöre, Festivals oder Musikclubs. Diese Vielfalt als Stärke sichtbar zu machen und finanziell zu sichern, ist mein zentrales Ziel. Kulturpolitik ist immer auch Demokratiepoltik. Sie stärkt Dialog und Erinnerung, Auseinandersetzung und gesellschaftlichen Zusammenhalt – gerade in Zeiten, in denen Räume für einen konstruktiven Austausch schwinden. Die soziale Lage von Kreativen ist mir wichtig. Zum Beispiel muss Streaming fair vergütet werden und Urheberrechte müssen gegenüber künstlicher Intelligenz geschützt werden. Eine Digitalabgabe für große Tech-Konzerne ist überfällig, um unsere Medien- und Kulturlandschaft zu stärken. Kulturstatsminister Weimer fällt bislang vor allem als Kulturkämpfer auf. Diese Attitüde brauchen wir nicht, wir brauchen vielmehr einen Kampf für die Kultur.

Sven Lehmann ist Vorsitzender im Ausschuss für Kultur und Medien.

Vertrauen in Demokratie stärken

Unsere Demokratie und mit ihr das Parlament stehen unter Druck wie nie – von innen wie von außen. Gerade jetzt kommt es darauf an, dass die Institutionen der Demokratie funktionieren. Die Ausschüsse des Bundestages sind zentrale Orte parlamentarischer Arbeit. Im Verkehrsausschuss verhandeln wir entscheidende Fragen unseres Alltags: Kommt die Bahn pünktlich? Halten unsere Brücken? Sind die Radwege sicher und die Wasserstraßen funktionstüchtig? Eine gute Infrastruktur ist für uns alle wichtig – und sie ist das Rückgrat unserer Wirtschaft.

Als Vorsitzender des Ausschusses will ich, dass die Abläufe nachvollziehbar und fair sind – unabhängig davon, wer den Ausschuss leitet. Transparenz sowie das Kontrollrecht des Parlaments gegenüber der Regierung sind mir besonders wichtig. Wenn das erkennbar funktioniert, können wir das Vertrauen in unsere Institutionen zurückgewinnen.

Gleichzeitig bin ich grüner Abgeordneter. Ich habe eine klare Meinung zur dringend notwendigen Verkehrs- und Antriebswende und dem Deutschlandticket. Die Investitionen von Schwarz-Rot aus dem Sondervermögen halte ich für zu gering und nicht effektiv eingesetzt. Doch ich kann trennen, wann ich als Vorsitzender agiere und wann ich meine politischen Überzeugungen als Abgeordneter vertrete.

Tarek Al-Wazir ist Vorsitzender im Verkehrsausschuss.

Globale Probleme gemeinsam lösen

Zum ersten Mal war der Deutsche Bundestag am Treffen der G20 in Südafrika beteiligt. Omid Nouripour nahm als Bundestagsvizepräsident an der Konferenz der Parlamentspräsident*innen teil. Hier sein Bericht.

Anfang Oktober durfte ich die Bundestagspräsidentin auf der Konferenz der Parlamentspräsident*innen in Südafrika vertreten. Die Gruppe der 20 bringt Industrie- und Schwellenländer zusammen, auch die Europäische Union sowie seit 2024 die Afrikanische Union sitzen mit am Tisch. Die G20 repräsentieren mehr als 80 Prozent des globalen Bruttoinlandsprodukts, etwa drei Viertel des Welthandels und ungefähr zwei Drittel der Weltbevölkerung. Bei dem Treffen ging es um die sozialen, wirtschaftlichen und ökologischen Herausforderungen unserer Zeit und insbesondere um die Bedeutung der Gleichstellung von Frauen. Ich habe die Aufmerksamkeit genutzt, um auf die Notwendigkeit einer gerechten

Energiewende und ihre Tragweite für die nachfolgenden Generationen hinzuweisen. In der einstimmigen Abschlusserklärung bekennen sich die Parlamente unter anderem zum Multilateralismus, zu Demokratie und Menschenrechten. Man sieht also: Bündnisgrüne Themen sind global auf dem Vormarsch.

Die Zusammenarbeit der Parlamente ist ein Gradmesser der internationalen Beziehungen. In Südafrika wurde einmal mehr deutlich: Wir können die globalen Herausforderungen nur gemeinsam lösen. Die Parlamente spielen dabei eine entscheidende Rolle, denn in ihnen spiegelt sich das Vertrauen der Bevölkerungen wider.

Omid Nouripour
Vizepräsident des
Deutschen Bundestages



Die grüne Bundestagsfraktion lädt ein

Samstag, 18.04.2026, 11–18 Uhr

Hybride Konferenz im Deutschen Bundestag

Kommunalkongress 2026

MIT: Karoline Otte, Britta Haßelmann, Niklas Wagener und Mayra Vriesema, Claudia Müller und Andrea Lübcke, Timon Dzienus und Armin Grau, Swantje Michaelsen und Victoria Broßart, Julia Schneider und Sylvia Rietenberg, Awet Tesfaiesus, Harald Ebner, Tina Winklmann und Lisa Paus, Anja Reinalter, Lena Gumnior und Linda Heitmann, Julian Joswig und Michael Kellner, Jeanne Dillschneider sowie vielen Kommunalpolitiker*innen und Fachleuten.

Unsere Kommunen sind der Schlüssel für die Daseinsvorsorge:

Arbeit, Betreuung und Bildung, Wohnen, Essen, Gesundheitsversorgung, Kultur, Mobilität, Energie, Klimaschutz ... finden hier statt.

Beim zweiten Kommunalkongress der Bundestagsfraktion im April erörtern wir daher, wie alle Kommunen in Deutschland ihren Bürger*innen ein gutes Leben ermöglichen können.

Das Programm und die Möglichkeit zur Anmeldung erscheinen in Kürze!

gruene-bundestag.de

Uns geht's ums Ganze



Kämpft. Geht ran. VERBINDET.

Die grüne Fraktion im
21. Deutschen Bundestag

Fraktionsvorsitzende und Fraktionsvorstand:



Katharina Dröge
Fraktionsvorsitzende



Britta Haßelmann
Fraktionsvorsitzende



Andreas Audretsch
Stellvertretender
Fraktionsvorsitzender



Agnieszka Brugger
Stellvertretende
Fraktionsvorsitzende



Tarek Al-Wazir



Dr. Alaa Alhamwi



Luise Amtsberg



Victoria Broßart



Dr. Janosch Dahmen
Sprecher für Gesundheitspolitik



Dr. Sandra Detzer
Sprecherin für Wirtschaftspolitik



Ayşe Asar
Sprecherin für Forschung,
Technologie und Raumfahrt



Lisa Badum
Sprecherin für Klimapolitik



Shahina Gambir



Matthias Gastel

11
Abgeordnete, die zum Start der
Legislatur unter 30 Jahre alt sind.
Wir setzen auf junge Stimmen und
frische Ideen im Parlament!



Dr. Jan-Niclas Gesenhues
Sprecher für Umwelt, Naturschutz
und nukleare Sicherheit



Katrin Göring-Eckardt
Sprecherin für Kultur und Medien,
Beauftragte für Ostdeutschland



Julian Joswig



Lamya Kaddor
Religionsbeauftragte



Dr. Kirsten Kappert-Gonthier



Michael Kellner
Sprecher für Energiepolitik



Chantal Kopf
Sprecherin für Europapolitik



Denise Loop
Sprecherin für Bildung, Familie,
Senioren und Jugend



Dr. Andrea Lübcke



Max Lucks
Sprecher für Menschenrechte
und humanitäre Hilfe



Dr. Anna Lührmann



Dr. Zoe Mayer
Sprecherin für Ernährung, Landwirtschaft
und Heimat und Tierschutzbeauftragte



Dr. Ophelia Nick
Sprecherin für Landwirtschafts-
politik



Karoline Otte



Lisa Paus



Dr. med. Paula Piechotta



Sylvia Rietenberg



Stefan Schmidt
Sprecher für Tourismuspolitik

62%
Frauenanteil bei unseren
Abgeordneten.
Wir sind stolz darauf, für
mehr Gleichberechtigung im
Parlament zu sorgen!



Julia Schneider



Marlene Schönberger



Nyke Slawik
Sprecherin für Queerpolitik



Katrin Uhlig



Mayra Vriesema



Niklas Wagener



Robin Wagener
Beauftragter für Osteuropa



Johannes Wagner



Irene Mihalic
*Erste Parlamentarische Geschäftsführerin,
Sprecherin für Wahlprüfung, Immunität
und Geschäftsordnung*



Claudia Müller
*Parlamentarische
Geschäftsführerin*



Filiz Polat
*Parlamentarische
Geschäftsführerin*



Anja Reinalter
*Parlamentarische
Geschäftsführerin*



Misbah Khan
*Stellvertretende
Fraktionsvorsitzende*



Julia Verlinden
*Stellvertretende
Fraktionsvorsitzende*



Konstantin von Notz
*Stellvertretender
Fraktionsvorsitzender*



Omid Nouripour
*Vizepräsident des Deutschen
Bundestages*



Felix Banaszak



Karl Bär



Katharina Beck
Sprecherin für Finanzpolitik



Lukas Benner



Dr. Franziska Brantner



Timon Dzienus



Harald Ebner



Leon Eckert



Marcel Emmerich
Sprecher für Innenpolitik



Simone Fischer
Sprecherin für Pflegepolitik



Prof. Dr. Armin Grau
Sprecher für Arbeit und Soziales



Dr. Lena Gumnior



Linda Heitmann



Dr. Moritz Heuberger



Dr. Anton Hofreiter



Ricarda Lang



Sven Lehmann



Steffi Lemke



Rebecca Lenhard
*Sprecherin für Digitales und
Staatsmodernisierung*



Helge Limburg
Sprecher für Rechtspolitik



Swantje Henrike Michaelsen
Sprecherin für Verkehrspolitik



Boris Mijatović



Sascha Müller



21 %
mit Migrationsgeschichte.
Wir sind diverser als alle anderen
Fraktionen.

Sara Nanni
Sprecherin für Sicherheitspolitik



Claudia Roth
Sprecherin für Entwicklungspolitik



Corinna Rüffer
Sprecherin für Petitionen



Jamila Schäfer



Dr. Sebastian Schäfer
Sprecher für Haushaltspolitik



Ulle Schauws
Sprecherin für Frauenpolitik



Dr. Till Steffen
*Sprecher für Verbraucher-
schutzpolitik*



Sandra Stein



Hanna Steinmüller



Kassem Taher Saleh
*Sprecher für Wohnen, Stadtentwick-
lung, Bauwesen und Kommunen*



Awet Tesfaiesus



Tina Winklmann
*Sprecherin für Sportpolitik und
Ehrenamt*

12
gewonnene Direktmandate.
Vielen Dank für
das Vertrauen!

➔ [gruene-bundestag.de/
abgeordnete](https://gruene-bundestag.de/abgeordnete)



Der grüne Faden

Was uns verbindet...: **Soziale Wärme**



Einen Herbst der Reformen hatte die Bundesregierung angekündigt. Doch statt tragfähiger Ideen für die Zukunft bringen die Pläne der Koalition soziale Eiseskälte. Rolle rückwärts beim Bürgergeld, steigende Zuzahlungen durch Versicherte an ihre Krankenkassen und Kürzungen bei den Leistungen der Pflegeversicherung – der Ausblick auf den Winter lässt frösteln.

Gegen diese rückwärtsgewandte Politik wehren wir uns auf breiter Linie, im Bundestag, aber auch im Schulterschluss mit Gewerkschaften und Sozialverbänden.

In einer Zeit, in der die Lebenshaltungskosten wie die Zukunftssorgen steigen, muss die Politik sich an den Menschen orientieren. Wir als grüne Bundestagsfraktion setzen genau hier an: Wir wollen die Schwächsten der Gesellschaft entlasten, Familien unterstützen und das Leben in den Städten und Gemeinden verbessern. Immer im Blick dabei: die künftigen Generationen und der Klimaschutz.

Unsere Konzepte zielen darauf ab, den Alltag der Menschen zu verbessern und den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu stärken. Für viele bedeutet dies eine spürbare Entlastung, eine faire Chance auf ein gutes Leben und vor allem das Vertrauen, dass die Politik an ihrer Seite steht. In unsicheren Zeiten bieten wir einen Plan für eine gerechte, lebenswerte Zukunft.

Pakt für ein bezahlbares Leben

Die soziale Realität in Deutschland ist besorgniserregend. Die Preise des täglichen Lebens sind seit 2020 im Schnitt um 22 Prozent gestiegen, die Mieten in den letzten 14 Jahren sogar um 64 Prozent. Viele Menschen müssen kämpfen, um die monatlichen Ausgaben zu stemmen. Die Bundesregierung scheint das eher kaltzulassen. Statt Probleme zu lösen, setzt sie auf blanken Populismus. Statt ineffiziente Strukturen im Gesundheitswesen zu re-

formieren oder die Vermittlung in Arbeit zu stärken, verschiebt sie die Aufgaben in Kommissionen. Beim Bürgergeld droht sie sogar, Menschen die Leistungen komplett zu streichen – selbst die für Lebensmittel und Wohnen. Ohne Ausnahmen für Kinder oder Familien. Dagegen leisten wir Grüne im Bundestag entschiedenen Widerstand.

”

Sozialreformen sind notwendig, Sozialabbau nicht!

Britta Haßelmann
Fraktionsvorsitzende

Denn der Sozialabbau trifft nicht nur Bürgergeld-Empfänger*innen. Familien mit kleineren Einkommen, junge Menschen in Ausbildung, Alleinerziehende und Rentner*innen stehen genauso unter dem Druck gestiegener Kosten für Essen, Energie, Wohnen oder Mobilität.

Wir Grüne im Bundestag haben darauf eine klare Antwort: unseren „Pakt für bezahlbares Leben“. Er zielt auf spürbare Entlastung im Alltag. Eine Grundvoraussetzung, dass das Leben wieder bezahlbar wird, sind gute Löhne. Deshalb wollen wir den Mindestlohn auf zunächst 15 Euro pro Stunde anheben. Junge Menschen in Studium und Ausbildung sollen ein um 90 Euro pro Monat höheres BAföG erhalten und weiterhin ein vergünstigtes Deutschlandticket. Unser Pakt für bezahlbares Leben sorgt in den vier zentralen Feldern Nahrungsmittel, Energie, Wohnen und Mobilität für spürbare Entlastungen.

Preise runter – Lebensqualität rauf

Lebensmittel wie Brot, Kaffee oder Butter sind enorm teuer geworden. In den letzten fünf Jahren sind die Preise um durchschnittlich 30 Prozent gestiegen. Den Verbraucher*innen macht das sehr zu schaffen. Zugleich können Landwirt*innen immer schlechter von ihrer Arbeit leben. Insbesondere die Marktmacht der großen Handels- und Lebensmittelkonzerne ist für diese Situation verantwortlich. Wir wollen gerechte Verhältnisse für die Erzeuger*innen am Markt schaffen und Transparenz

bei der Preisentwicklung von Grundnahrungsmitteln herstellen. Wir machen Schluss mit Mogelpackungen, unsere „FairFood“-App warnt Verbraucher*innen vor Preisschocks. Supermärkte sollen verpflichtet werden, ihre überschüssigen Produkte zu spenden – so landen weniger Lebensmittel im Müll und vielen Bedürftigen ist geholfen. In Schulen und Kitas soll ein kostenfreies, gesundes Mittagessen für alle zum Standard gehören. Die Energiepreise sind viel zu hoch und müssen für alle runter. Kanzler Merz und seine Koalition haben ihr Versprechen, die Stromsteuer für die Bürger*innen zu senken, schändlich gebrochen. Damit lassen wir sie nicht durchkommen. Wir kämpfen dafür, die Steuer auf das europäische Minimum von 0,05 Cent pro Kilowattstunde abzusenken. Zugleich dringen wir darauf, die Gelder aus dem Klima- und Transformationsfonds im Sonder-

vermögen auch tatsächlich für Klimaschutz auszugeben. Wenn Wirtschaftsministerin Katherina Reiche den Ausbau der Erneuerbaren abwürgt, behindert das auch die Industrie, den Mittelstand und gefährdet weitere Arbeitsplätze. Nur der Ausbau der Erneuerbaren und Energieeffizienz garantieren in Zukunft günstige Energiepreise.

”

Bezahlbar zu wohnen ist kein Nice-to-have, sondern Grundvoraussetzung für sozialen Zusammenhalt.

Katharina Dröge
Fraktionsvorsitzende

Wohnen ist ein Grundrecht. Niemand sollte mehr als ein Drittel seines Einkommens für Miete aufbringen müssen. Damit das gelingt, wollen wir die Mietpreisbremse scharfstellen: Wir begrenzen Mieterhöhungen, erhöhen die Strafen für Mietwucher und beziehen bis zu 20 Jahre alte, günstige Mietverträge in den Mietspiegel mit ein. Die Grundsteuer wird zudem nicht mehr auf die Mietenden umgelegt. Statt bei Wohnraum und Bauflächen Spekulation zu fördern, setzen wir auf gemeinnützigen Wohnungsbau. Steuerliche Vorteile soll es für Vermieter*innen geben, die freiwillig unter der ortsüblichen Vergleichsmiete bleiben.

Mobilität bestimmt unseren Alltag. Das Deutschlandticket ist nicht ohne Grund so beliebt. Wir wollen, dass es dauerhaft 49 Euro kostet und Kinder und Jugendliche kostenlos mitfahren können. Azubis und Freiwilligendienstleistende sollen es vergünstigt bekommen. Auch für dünn besiedelte Regionen wollen wir eine Mobilitätsgarantie, einen Nahverkehr mit smarten Bussen und Bahnen mindestens im Stundentakt.

Gerechte Finanzierung

Sozialreformen sind nötig, müssen aber fair ausgestaltet werden. Zum Pakt für ein bezahlbares Leben gehört auch eine gerechtere Steuerpolitik. Sie beteiligt die großen Vermögen stärker an der Finanzierung staatlicher Aufgaben. Wir wollen unter anderem, dass endlich gegen Steuerhinterziehung vorgegangen wird, beispielsweise durch strengere Maßnahmen gegen Cum-Ex-Geschäfte. Und Gerechtigkeitslücken müssen geschlossen werden, beispielsweise bei der Besteuerung der großen Erbschaften.

Geld, das bei den Menschen ankommt

Mit dem Sondervermögen für Infrastruktur hat die Bundesregierung die Chance, die Daseinsvorsorge umfassend zu verbessern.

100 Milliarden Euro daraus werden den Ländern und Kommunen zur Verfügung gestellt, doch welchen Mindestanteil Städte und Gemeinden erhalten sollen, wurde nicht festgelegt. Schlimmer noch: Schwarz-Rot versenkt die Gelder des Sondervermögens in Klientelpolitik und stopft Haushaltslöcher, anstatt das Geld zusätzlich zu investieren. So darf es nicht weitergehen. Wir Grüne im Bundestag werden entschieden darauf dringen, dass das ihnen zugedachte Geld aus dem Sondervermögen auch wirklich den Kommunen zugutekommt.

Der Bund soll sich zudem stärker an den Kosten für kommunale Sozialleistungen beteiligen. Wir wollen die Einnahmen der Städte und Gemeinden dauerhaft erhöhen, indem wir beispielsweise die Umsatzsteueranteile heraufsetzen und die Kommunen von Altschulden entlasten. So können sie Schulen und Kitas renovieren, den ÖPNV ausbauen, Schwimmbäder und Bibliotheken offen halten, bezahlbaren Wohnraum schaffen und für eine bessere digitale Verwaltung sorgen – zum Beispiel mit der Deutschland-App, die Behördengänge vereinfacht.

Uns ist wichtig, dass die Kommunen ihren Bürger*innen ein gutes Leben ermöglichen können. Wir Grüne im Bundestag wollen, dass jeder Ort lebenswert bleibt – ob groß oder klein. Denn wir wollen ein Land, das alle mitnimmt und keinen zurücklässt.

Zum Nachlesen:

Ihr wollt es genauer wissen? In unseren Beschlüssen und Initiativen findet ihr alle Details zu unseren Konzepten.

Beschluss: „Pakt für bezahlbares Leben“



→ gruene-bundestag.de/bezahlbares-leben

Antrag: „Vor Ort gut leben“



→ gruene-bundestag.de/kommunen-antrag

Papier: „Endlich machen – Kommunen stärken“



→ gruene-bundestag.de/kommunen-papier

Blitzlichter aus dem Fraktionsleben

Grüner Gewerkschafts- und Sozialbeirat

Seit dem 13. Oktober hat die grüne Fraktion wieder einen Gewerkschafts- und Sozialbeirat. Gemeinsam mit den großen Gewerkschaften und Verbänden wollen wir nachhaltige Lösungen für die drängenden Fragen rund um die Transformation der Arbeitswelt und Wirtschaft finden. Wir wollen unsere Sozialsysteme sicher und zukunftsfest machen.

Mitglieder im Beirat sind die Gewerkschaften sowie Sozial- und Wohlfahrtsverbände. Ricarda Lang und Timon Dzienus koordinieren den Beirat für die Fraktion. Flankiert werden sie im Wechsel von beiden Fraktionsvorsitzenden Britta Haßelmann und Katharina Dröge sowie Andreas Audretsch, der als stellvertretender Fraktionsvorsitzender den zugehörigen Fachbereich Arbeit und Soziales vertritt, unterstützt von den Mitgliedern der AG Arbeit und Soziales, geleitet von Armin Grau.

→ gruene-bundestag.de/fraktion



Foto: Grüne Bundestagsfraktion

35 Jahre Wiedervereinigung

Der Tag der Deutschen Einheit am 3. Oktober war für uns Anlass, in einer öffentlichen Podiumsdiskussion, mit knapp 100 Teilnehmenden im Bundestag, nachzufragen, wie vereint wir wirklich sind, woran es fehlt und was uns zusammenhält. Auf dem Podium saßen neben Katrin Göring-Eckardt, die moderierte, die Historikerin Prof. Hedwig Richter, die Bürgerrechtlerin Ulrike Poppe und der Journalist Alexander Prinz sowie die Fraktionsvorsitzende Britta Haßelmann.

Das Gespräch beleuchtete die Rolle der Frauen, Meinungsfreiheit und Demokratie, Identität und Vielfalt als „Gradmesser“ der Einheit: Der Austausch auf dem Podium und mit dem Publikum war interessant, vielfältig und lebhaft. Die Einschätzungen der damals Beteiligten, der Historikerin aus dem Westen und des Journalisten aus dem Osten sowie spontane Beiträge aus dem Publikum ergaben ein spannendes Bild Gesamtdeutschlands, das durch die Transformationserfahrungen aus dem Publikum noch bunter wurde. Was ist festzuhalten? Einheit muss in Vielfalt gelebt werden. Daran zeigt sich die Stärke der Demokratie.

Spitzensport im Dialog: Vielfalt, Visionen und Leidenschaft

Beim ersten Parlamentarischen Abend Sportpolitik der Bundestagsfraktion diskutierten wir am 6. Oktober mit aktiven und ehemaligen Spitzensportler*innen und Vertreter*innen der Verbände die Lage im Spitzensport.



Tina Winklmann, als fachpolitische Sprecherin, und Ophelia Nick, Obfrau im Sportausschuss, zeigten sich hochzufrieden angesichts der 200 hochkarätigen Gäste, die zu dieser Premiere gekommen waren. Auf dem Podium diskutierten nach der Keynote von Kim Bui, ehemalige Leistungsturnerin und dreifache Olympionikin, Mareike Miller, paralympische Goldmedaillengewinnerin, und die ehemalige Fußballnationalspielerin Tabea Kemme neben Ann-Kathrin Laufmann (SV Werder Bremen) und Mark Schober (Deutscher Handballbund), schwungvoll moderiert von Tina Winklmann.

Sport begeistert uns, bekannte Britta Haßelmann, leidenschaftliche Anhängerin von Arminia Bielefeld, in ihrer Eröffnung. Er sei zentraler Bestandteil der Daseinsvorsorge. Deshalb sei es wichtig, dass Mädchen und Frauen im Sport gleichgestellt sind und Sport alle Menschen zusammenbringt, frei von Diskriminierung, sexualisierter Gewalt und Rassismus. Ein sportpolitischer Abend, der begeisterte und wichtige Aufgaben für die Sportpolitik formulierte, wie Konstantin von Notz in seiner Abschlussrede betonte.

Zu den Veranstaltungsberichten:



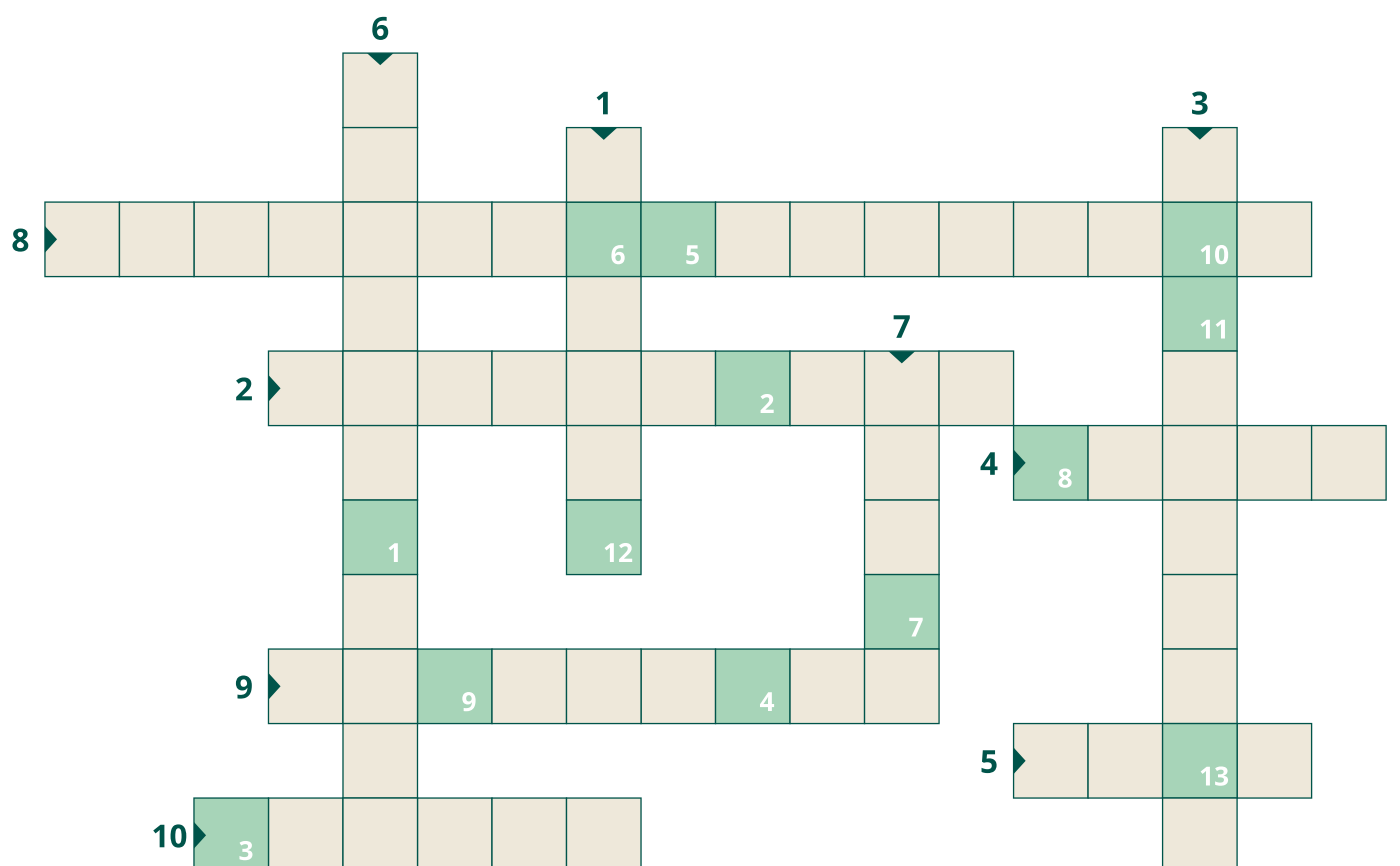
→ gruene-bundestag.de/event-berichte

Rätsel- und Spielecke

Kreuzworträtsel

Trage die gesuchten Wörter senkrecht und waagerecht in die nummerierten Kästchen ein. Umlaute werden zu zwei Vokalen aufgelöst. Die Buchstaben in den hinterlegten Kästchen ergeben das Lösungswort.

1. Gesamtheit aller Abgeordneten im Bundestag
2. So viel mehr als nur ein Wetterphänomen (Hallo, Frau Klöckner!)
3. Antriebstechnik von gestern
4. Leberkäs bleibt Leberkäs, nur Veggie-Wurst nicht mehr ... (geht es nach der Union)
5. Lieblingstrompeter von Britta Haßelmann: ... Baker
6. Macht das Haar blond und die Stahlindustrie klimaneutral
7. Steuerfrei ab 26 Millionen Euro
8. Gibt's für 49 Euro (wenn's nach uns geht)
9. Schwarz-Rot ist eine, die Ampel war es auch
10. Er regiert bei einer Wehrpflicht im Losverfahren



1 2 3 4 5 6 7

8 9 10 11 12 13

Käsekästchen

Abwechselnd ziehen zwei Personen jeweils einen Strich hoch oder quer über die Länge eines Kästchens. Wer durch seine Linie ein Quadrat vervollständigt, schreibt seinen Anfangsbuchstaben hinein und darf noch einmal ziehen. Das Spiel endet, wenn alle Kästchen gefüllt sind. Wer die meisten Kästchen hat, gewinnt.

Sudoku

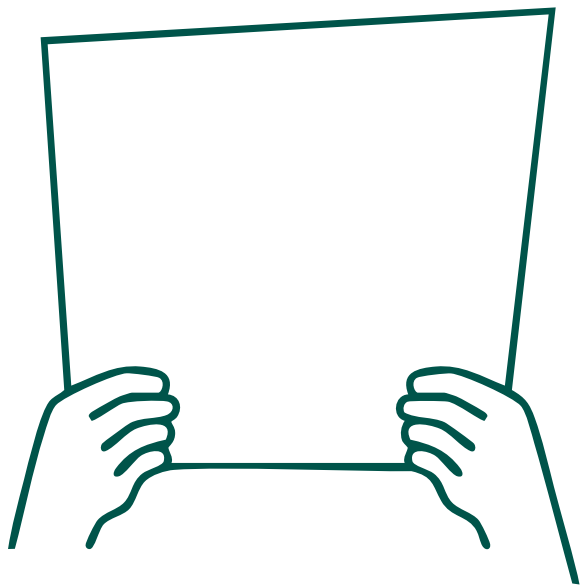
Fülle die leeren Felder so aus, dass jede Zeile, jede Spalte und jeder 3×3-Block die Ziffern 1 bis 9 genau einmal enthalten.

9	7		2	8				5
		1		5		8	7	
5	2	8	7		4	9	6	1
1	3		4			6		7
7		2	3	9	5		4	8
8	9		1	6	7		2	3
	1	7	5	4	6	3	8	
4								
6			8	7	3		1	4

Leicht

		9		7				
					9			2
		6	3	5			9	
	6	4						
			6				4	
7						6		
9	5							6
3		1			2		7	
				3	5		2	1

Schwierig



Schreib auf, was dich auf eine besondere, vielleicht unerwartete Weise mit der Person neben dir verbindet. Versteck den Zettel heimlich für sie – als kleine Überraschung voller Verbundenheit.



Für die nächste Kaffeepause:

Nutze die Chance der Präsenzveranstaltung und verabrede dich mit einer Person, mit der du lange nicht mehr „live“ gesprochen hast.



6	4	7	8	3	5	9	2	1
3	8	1	9	6	2	5	7	4
9	5	2	7	1	4	3	8	6
7	9	8	4	2	1	6	5	3
1	3	5	6	9	7	2	4	8
2	6	4	5	8	3	7	1	9
4	2	6	3	5	8	1	9	7
5	7	3	1	4	9	8	6	2
8	1	9	2	7	6	4	3	5

6	5	9	8	7	3	2	1	4
4	8	3	9	1	2	7	5	6
2	1	7	5	4	6	3	8	9
8	9	4	1	6	7	5	2	3
7	6	2	3	9	5	1	4	8
1	3	5	4	2	8	6	9	7
5	2	8	4	9	6	9	1	1
3	4	1	6	5	9	8	7	2
9	7	6	2	8	1	4	3	5

Des Rätsels Lösung:

1. Plenum, 2. Regenbogen, 3. Verbrenner, 4. Wurst, 5. Chet, 6. Was-serstoff, 7. Erben, 8. Deutschlandticket, 9. Koalition, 10. Zufall
→ Soziale Wärme

Veranstaltungen

Dauerbaustelle Bahn? Wie eine verlässliche Finanzierung gelingt

Online-Fachgespräch

2. Dezember 2025

18.00–19.30 Uhr

Digitale Veranstaltung

Gemeinsame Agrarpolitik nach 2027

Hybrides Fachgespräch

4. Dezember 2025

18.00–20.00 Uhr

Hybrides Fachgespräch im Deutschen Bundestag

Journalismus in einer digitalen Welt

Online-Fachgesprächsreihe „Digitale Öffentlichkeit“

12. Dezember 2025

10.00–12.00 Uhr

Digitale Veranstaltung

Wie versorgen wir morgen?

Die grüne Gesundheits-berufekonferenz

13. Dezember 2025

10.00–17.00 Uhr

Hybride Veranstaltung im Deutschen Bundestag

Kommunalkongress 2026

Konferenz

18. April 2026

11.00–18.00 Uhr

Hybride Konferenz im Deutschen Bundestag

Kommentare, Ideen und Fragen gerne in den sozialen Netzwerken:

- threads.net/@gruenebundestag
- bsky.app/profile/gruene-bundestag.de
- gruene.social/@GrueneBundestag
- facebook.com/Gruene.im.Bundestag
- x.com/gruenebundestag
- instagram.com/gruenebundestag
- linkedin.com/company/fraktion-b-ndnis-90-die-gr-nen-im-deutschen-bundestag
- tiktok.com/@gruenebundestag
- youtube.com/c/gruenebundestag

Newsletter?

Immer auf dem Laufenden bleiben! Abonniere den Newsletter der Bundestagsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und erhalte regelmäßig Informationen zu aktuellen politischen Themen, Initiativen und Veranstaltungen direkt aus dem Bundestag.



→ gruene-bundestag.de/newsletter

Die grüne Bundestagsfraktion ist auf der **51. Bundesdelegiertenkonferenz** vom 28.–30. November 2025 in Hannover präsent. Zu finden in Halle 7, Stand 44, gegenüber von Coffee Bike und Burger-Bude.

→ Alle Veranstaltungen auf gruene-bundestag.de/veranstaltungen